

Ordtl. Kreisparteitag 2025

Änderungsantrag

ersetzt die Anträge: „Abschiebungen. . .“ und „Verfolgte aufnehmen“

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Asylpolitik wieder human und rechtsfest machen - integrieren statt diffamieren!

Eine Koalition bedeutet nicht, die eigene Meinung aufzugeben: Die SPD-Bundestagsabgeordneten und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich klar von den Merzschen „Stadtbild“-Äußerungen und der Dobrindtschen Asylpolitik zu distanzieren und im Sinne der u.g. Punkte aktiv zu werden.

Der inhumanen, europawidrigen und rechtlich fragwürdige Migrations- und Asylpolitik der CDU/CSU, so wie sie sich in den folgenden Punkten darstellt, muss umgehend Einhalt geboten werden

- Der Kreisparteitag der SPD Stormarn verurteilt die pauschalen und diffamierenden Äußerungen von Bundeskanzler Merz, es gäbe „Probleme im Stadtbild“, die durch schnelle Abschiebung von Migrantinnen und Migranten gelöst werden. Mit dieser undifferenzierten und nicht genauer ausgeführten Bemerkung befördert er dumpfe ausländerfeindliche Stimmungen, er beurteilt Menschen nach ihrem bloßen Aussehen und Verhalten im Straßenbild, ohne zu unterscheiden zwischen Migrant*innen, die möglicherweise in Deutschland geboren wurden, hier leben, arbeiten und Steuern zahlen und solchen, die sich möglicherweise illegal in Deutschland aufhalten.
- Immer wieder werden Asylbewerber*innen und ihre Familien abgeschoben, obwohl sie gut integriert sind. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidet über Abschiebungen nach dem Buchstaben der Gesetze. Tatsächlich aber sind viele Asylbewerber*innen und ihre Familien auch aufgrund der langen Anerkennungsprozeduren längst gut integriert, haben Deutsch gelernt, die Kinder gehen zur Schule, sie sind berufstätig oder in einer Ausbildung und helfen als wertvolle Mitarbeiter*innen z.B. in der Pflege und im Handwerk. Abschiebungen reißen sie oft brutal aus dem Umfeld in Schule und Arbeit, das sie sich zielstrebig aufgebaut haben. Arbeitgeber*innen beklagen, dass ihnen gute Mitarbeiter*innen plötzlich weggenommen werden. Es wäre deshalb viel sinnvoller, die tatsächliche Integration vor Ort zu prüfen statt nur nach der bloßen Gesetzeslage über Abschiebungen zu entscheiden. Das können aber nur die lokalen Behörden vor Ort wirklich beurteilen, also die Betreuer*innen und ihre Wohlfahrtsverbände, die Bürgermeister*innen, die Nachbar*innen und Arbeitgeber*innen, die Schulen. Schon bestehende Spielräume müssen ausgenutzt werden, eine gesetzliche Regelung muss lokale Beteiligungen ermöglichen.
- Wir fordern die SPD- Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, schnellstmöglich die **zugesagte Aufnahme** von afghanischen Ortskräften und ihren Familienangehörigen umzusetzen. Zugleich soll die im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan bereits zugesagte Aufnahme von Menschen

ebenso umgesetzt werden, die u. a. wegen ihres Einsatzes für Demokratie, Frauen- und Menschenrechte, ihrer Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten oder internationalen Organisationen oder ihrer sexuellen Orientierung bedroht und verfolgt werden. Die bewusste Verzögerung der Sicherheitsüberprüfungen darf nicht dazu führen, dass der Anspruch verfällt. Dass nur Verfolgte, die vor deutschen Gerichten ihre Aufnahme in Deutschland erfolgreich einklagen, einreisen dürfen, missachtet die Gleichbehandlung aller Betroffenen und ist rechtlich fragwürdig. Auch das Angebot von Geldzahlungen und Rückkehr in eine unsichere Zukunft in Afghanistan statt Einreise nach Deutschland ist nicht akzeptabel. Dass diese Menschen seit mittlerweile 2 Jahren auf die Einhaltung der deutschen Zusagen warten und in Pakistan inzwischen verfolgt und nach Afghanistan an die Taliban ausgeliefert werden, ist politisch und menschlich schäbig und skandalös!

- Wir fordern die SPD- Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass das Grundrecht auf Asyl nicht weiter ausgehöhlt wird. Zurückweisungen an den Grenzen von Menschen, die Asyl beantragen wollen, sind grundgesetzwidrig und unzulässig.
- Um Menschen auch nach Afghanistan abschieben zu können, wurde den undemokratischen, frauenfeindlichen und islamistischen Taliban die Übernahme des afghanischen Konsulats in Bonn ermöglicht. Damit wurde **wissentlich** zugelassen, dass die Taliban ungehindert Zugriff auf die Daten der vor den Taliban nach Deutschland und Europa geflohenen Regimegegner*innen erhalten – so dass sich Frauen und alle Taliban-Gegner nunmehr wieder verstecken müssen, um nicht von Taliban- Agenten hierzulande verfolgt zu werden.
- Die CDU/CSU will die nach Deutschland geflohenen Syrerinnen und Syrer jetzt zurückschicken, da der Bürgerkrieg ja vorbei sei. Mittlerweile sind über 40% der nach Deutschland geflohenen Syrerinnen und Syrer im deutschen Arbeitsmarkt angekommen und sind in Pflege und Handwerk unverzichtbar. In Syrien selbst sind die Zerstörungen unermesslich, das politische System ist weder stabil noch demokratisch und nach wie vor ist das Leben von Minderheiten bedroht. Eine zwangsweise Abschiebung muss von der SPD- Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung zurückgewiesen werden.

Tatsächlich bestehende Probleme bei der Unterbringung und Integration von Menschen, die nach Deutschland einreisen, müssen zweifellos angesprochen und gelöst werden. Dazu bedarf es u.a.:

- wirklich schnelle Anerkennungsverfahren, damit eine Bleibeperspektive zur schnelleren Integration beiträgt bzw. eine klare Absage erklärt und eine zügige Rückreise angestrebt wird,
- umfassende Angebote von Deutsch-Sprachunterricht,
- zügige Erteilung einer Arbeitserlaubnis,
- Beratung und Betreuung Geflüchteter,
- Arbeits-, Ausbildungs- und Berufsberatung,
- schnellere Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen, um eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt zu erlauben,
- Aufhebung des Stopps des Familiennachzugs.